

verlag moderne industrie GmbH
Zeitschrift Produktion
Justus-von-Liebig-Straße 1
86899 Landsberg

- Wie beurteilen Sie aus Ihrer Sicht den Erfolg der Industriepolitik der amtierenden Koalition?

Die Industriepolitik der schwarz-gelben Regierung hat zahlreiche zusätzliche Regulierungen gebracht, die den Mittelstand überproportional belasten. Auf der anderen Seite steht Klientelpolitik etwa bei der Besteuerung von Hotel-Übernachtungen oder beim Leistungsschutzrecht, das Verlagen neue künstliche Monopolrechte zusichert sowie bei der ausufernden EEG-Befreiung für Unternehmen mit hohem Energieverbrauch.

Die Aussagen der Bundesregierung zur Zukunft des EEG und die Einführung des Deckels bei der Solarförderung haben die Zukunftsbranche der Erneuerbaren Energien massiv gefährdet.

- Werden Sie im Falle eines Wahlerfolges eine andere Industriepolitik machen? Die wichtigste Änderung?

Wir wollen insbesondere kleine und mittlere Unternehmen stärken. Dazu wollen wir die Zwangsgliedschaften in Kammern abschaffen.

Außerdem wollen wir einen freien Zugang zu Normen ermöglichen und dadurch den Zugang zu wichtigen Informationen für ganze Branchen erheblich vereinfachen. Wir werden weiterhin gegen Softwarepatente, Patente auf Geschäftsideen und auf Lebewesen eintreten und damit einen fairen, freien Wettbewerb in den Branchen ermöglichen.

Verträge zwischen öffentlichen Einrichtungen und Unternehmen müssen im Sinne des transparenten Staates öffentlich sein. Zudem wollen wir einen flächendeckenden, branchenübergreifenden Mindestlohn in Höhe von 60% des Durchschnittseinkommens einführen. Leiharbeit soll auf 10 % der Stammelegschaft und maximale Ausleihdauer von 6 Monaten beschränkt werden. Wird bislang unter unserem Mindestlohnansatz bezahlt, soll der prekär Beschäftigte einen Zuschlag nach französischem Vorbild erhalten.

- Wie wollen Sie die Innovationsfähigkeit der deutschen Industrie sichern?

Innovationsfähigkeit muss Industrie in erster Linie selber wahren. Wir wollen ein gutes Bildungssystem, mit einem gemeinsamen Lernen und individueller Förderung. Dabei sehen wir viel stärker die Persönlichkeitsbildung und Selbstständigkeit als verschulte Bachelor-Abschlüsse als Bildungsziel.

Wir wollen den Atomausstieg und die Energiewende in Deutschland konsequent fortsetzen und damit ein Modellprojekt schaffen. Auch unsere grundsätzliche Kritik am Patentwesen trägt mittelfristig zu mehr Rechtssicherheit und Innovationschancen durch kooperative Entwicklungsprojekte bei.

- Was wollen Sie gegen den Facharbeitermangel tun?

Auch hier sind Industrie und Handwerk zu allererst selbst am Zug. Wir wollen ein gutes Bildungssystem, mit einem gemeinsamen Lernen und individueller Förderung. Dabei sehen wir viel

stärker die Persönlichkeitsbildung und Selbstständigkeit als verschulte Bachelor-Abschlüsse als Bildungsziel.

- Das Thema ‚Energiewende‘ wurde von der amtierenden Regierung angepackt aber noch nicht gelöst. (Wie) Würden Sie die Energiewende fortführen?

Wir wollen eine konsequente und dezentrale Energiewende sowie den schnellen Atomausstieg. Dazu wollen wir insbesondere die Verteilnetze stärken und ein Energiespeicherfördergesetz auflegen. Die Ausnahmeregelungen für die EEG-Umlage müssen weitestgehend gestrichen werden, ihre Rechtmäßigkeit wird von Seiten der EU ohnehin stark angezweifelt. Zusätzlich werden wir Maßnahmen zur Energieeinsparung fördern sowie eine effiziente Kraft-Wärme-Kopplung aktiv vorantreiben. Fracking zur Gewinnung von unkonventionellem Erdgas lehnen wir ab. Statt des wirkungslosen CO₂-Zertifikatehandels können wir uns den Einsatz von Energiesteuern als Lenkungsmaßnahme vorstellen.

- Auf der Unternehmer-Agenda steht das Thema Steuerpolitik ganz oben: Wo wird bei ihrem Wahlerfolg belastet, wo entlastet?

Wir wollen eine breitere Basis für die Finanzierung der Sozialversicherungen. Alle steuerpflichtigen Einkommen und Kapitalerträge sollen zur Zahlung von Rentenbeiträgen verpflichtet werden. Keine Berufsgruppe wird ausgenommen, die Bemessungsgrenze soll entfallen. In die Rentenkasse zahlen alle in Deutschland lebenden Menschen einkommensabhängig ein. Weiter wollen wir die Vereinheitlichung der Mehrwertsteuer und eine Finanztransaktionssteuer einführen. Das Steuersystem muss insgesamt vereinfacht werden.

- Finden sie die Regelung der Erbschaftssteuer für Unternehmen gerecht?

Zu dieser Frage haben wir bisher keine abgestimmte Position

- Was ist die wichtigste Maßnahme zur Bewältigung der Euro-Krise?

Frühzeitige Schuldenschnitte sind nötig, um das Ausmaß der Finanzkrise bewältigen zu können. Wir wollen, dass zunächst Aktionäre und Gläubiger ihr Risiko tragen. Nur im Notfall darf der Staat Banken verstaatlichen und abwickeln. Dass Banken systemrelevant werden können, offenbart grundlegende Probleme im Finanzsystem. Dem entgegenzuwirken halten wir ein konsequentes Trennbankensystem in von einander unabhängige Spar- und Investmentbereiche für notwendig.

- Was ist für sie wichtiger: Deutscher Schulden-Abbau oder Europa-Unterstützung?

Ein alleiniger Schuldenabbau in Deutschland ist keine Lösung für das gesamteuropäische Problem. Wir wollen mit einem neuen Marshall-Plan für Europa neue Nachhaltigkeits- und Infrastrukturprojekte europaweit angehen und dadurch die Krise überwinden.

- Welche (Industrie-)Politik braucht Europa aus deutscher Sicht?

Wir schlagen ein Aufbau- und Investitionsprogramm vor, das sowohl die kurzfristige Konjunktorentwicklung fördert, als auch das längerfristige Wachstumspotenzial stärkt. Ziel ist der Umbau und die Modernisierung der europäischen Volkswirtschaften hin zu einer energieeffizienten und ressourcenschonenden Wirtschaftsstruktur.

- Soll Deutschland mehr nationale Rechte an die EU abtreten?

Die EU steckt derzeit in einer schweren Krise. Das wichtigste Ziel der Piratenparteien in Europa ist die Demokratisierung der EU. Wir wollen einen Prozess anstoßen, in dem eine echte gemeinsame Verfassung ausgearbeitet wird, die durch Volksentscheide legitimiert wird.

- Wie wichtig ist ihnen Made in Germany?

Qualität ist uns wichtig, nicht in erster Linie der Produktionsstandort. Wichtig ist für uns die Wahrnehmung der unternehmerischen Verantwortung im gesellschaftlichen Umfeld. Das betrifft die Ausbildung von Jugendlichen, die Beschäftigung in guten Arbeitsbedingungen mindestens zu Mindestlöhnen. Diese Voraussetzungen ermöglichen die hohe Reputation von Produkten "made in Germany".

- Haben deutsche Unternehmen mit ihnen eine Chance gegen chinesische Industrie-Politik?

Unternehmen sollten sich unabhängig von der jeweiligen Regierung auf ihrem Markt behaupten können. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Globalisierung dem Gemeinwohl aller Menschen dient. Konkret heißt das, dass wir uns dafür einsetzen werden, die Rechte der Menschen in weniger stark industrialisierten Ländern am Weltmarkt zu stärken, und dass wir in zunehmend vernetzten Märkten für den Angleich und die Verbesserung der Rahmenbedingungen für alle Arbeitnehmerinnen und Konsumenten eintreten werden.